

3 Hefen Preis
für Halle und Gegend 2.50 Mark.
darin die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr.
Die halbjährige Zahlung modernmäßig 5 mal.
Grosch 30 Pfennig.
Mitteltages Unterhaltungsblatt, bester Course,
Kunstwissenschaftliche Mittheilungen.
Zusätzliche Beilagen für den Sonntag.
Halle, Verlagsanstalt, 2. Kanalarthausstr. 1. u. 2. Stock. Sachl.

Angewandte Gelehrten
für die staatsrechtliche Praxis, oder deren Stamm
für Halle 15 Pfennig, sonst 20 Pfennig.
Klammern am Schluss des vollständigen Hefts die Zahl
40 Pfennig.
Angewandte Gelehrten und allen Anzumerken
Gegenüberstellung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg.
Halle, Verlag v. S. 1858.

Vollstehe Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 437. — Jahrg. 192. Halle a. S., Montag 18. September 1899. Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Berliner Bureau: Berlin SW., Brandenburgstr. 3.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser nahm Sonnabend Vormittag im Jagdschloß Subertshaus den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geh. Rathes Dr. von Lucanus und denjenigen des Ministers des Innern Frhr. v. Heineken entgegen.

* Die „Darmstädter Hg.“ giebt folgendes Sandfchreiben des Kaisers an den Großherzog von Hessen bekannt: „Zuschauer dieser Fahrt, freundlich lieber Herr und Bruder! Es geriet Mir zur besonderen Freude, Eurer Königlich hohen Heilmeinsten lebhaftestem Begrüßung über die kriegsmäßige Ausbildung auszusprechen, die das dem 13. (väterlichen) Armeevorsitz zugewiesene 1. großherzoglich hessische Dragonerregiment (Garde-Drägerregiment) Nr. 23 während der heute lebendigen Manöver bestanden hat. Es verdient mit den Leistungen unersetzlicher Eudochung und Freundschaft Eurer Königlich hohen Heilmeinsten Vaters und Bruder Wilhelm.“

* Die Kaiserin hat, Koblenz, am 17. d. M., mit welcher der Kaiser die Fahrt nach Schweden unternimmt, ist gestern Vormittag in Simeonstadt eingetroffen.

* Die Kaiserin wird der Einweihung der Kirche in Langensalza bei Danzig, welche am 6. Oktober stattfinden, wahrscheinlich nicht beiwohnen, und voraussichtlich durch den Oberhofmeister Freiherrn von Arnim vertreten werden. Alle Dispositionen werden dementsprechend jetzt für den 6. Oktober getroffen. Die Einweihungsrede hält Generalmajor von Döbeln.

* Bringt Heinrich von Preußen, sowie der zweite Admiral des Kreuzergeschwaders, Konteradmiral Frige, sind mit den Schiffen „Deutschland“, „Gotha“, „Kaiserin Augusta“, „Trene“ und „Jlita“ am 15. September in Kiautschau eingetroffen.

* Die Ankunft des Jahresbaars in Kiel wird am nächsten Dienstag dort erwartet. Das Jahrespaar verbleibt auf dem „Holstein“. Es tritt am Mittwoch die Kaiserin nach Darmstadt an. Hofmarschall Seckendorff ist gestern in Kiel eingetroffen.

* Zu Ehren des zum Kultusminister ernannten bisherigen Oberpräsidenten Stubi sind in Münster am Sonnabend Abend ein Fest gegeben, an welchem etwa 5000 Personen mit mehreren Musikchören theilnahmen. Der Bürgermeister Jungblod brachte ein Hoch auf den Gefesteten aus. Weiter nahm in seiner Eigenschaft von Provinz und Stadt, in welcher er eine zweite Heimat gefunden, Abschied. Er habe seines Amtes gewaltet mit dem Bewußtsein, Recht und Gerechtigkeit zu wahren. In diesen Worten wurde er auch in seinem neuen Amt fortzuführen. Ein dem Festzug schloßen sich vier Vereinigungen an, welche Münster Stubi bejahte.

* Es scheint in der That beabsichtigt zu werden, den Ministerialdirektor Dr. v. Ritter aus dem Ministerium des Innern an die Spitze der Provinz Posen an Stelle des um seine Verabschiedung eingekommenen Oberpräsidenten v. Wilmanns zu berufen. Als fünfjähriger Unterstaatssekretär im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten wird in unterrichteten Kreisen mehrfach der jetzige Direktor in diesem Vorhoff, Dr. Althoff, genannt.

* Die Besprechung der Lage in Preußen schreiben die „Samburger Nachrichten“ der liberalen Presse ins Stammbuch.

Die liberale Presse übertrifft sich bald in Behauptungen und Behauptungen, bald in Drohungen und düsteren Prophezeiungen. Es ist, als sei das Wort von der Revision des monarchischen Gefäßes (lebens der „König. Hg.“ D. N.) niemals getrunken worden. Während ein Theil dieser geschwätzigen Zeitungen die „Zukunft“ anpreist, die im liberalen Dunkel heute noch verborgen schlummert und der Regierung herliche Tage in Aussicht stellt, wenn sie nur den „lesten Willen“ zeigen möchte, die Konventionen zu geschmettern, versucht ein anderer Theil sich in Denunciationen. Man hat schon ein u. n. u. d. i. g. e. r. e. s. t. u. t. e. n. d. e. s. l. i. b. e. r. a. l. i. s. m. u. s. beobachtet können. „Wer heute oben ist, so schäufert die „Frankfurter Zeitung“, die Lage — der kann morgen unten sein, warum sollte der, der unten ist, nicht da auch einmal oben sein können?“ Das sehen wir auch nicht ein. Nur immer weiter ritteln und schütteln an den höchsten Grundlagen; wer schließlich „oben“ sein wird, das ist dann überhaupt nicht mehr die Frage. Sind es nicht die Nachbarn und Vertrauensmänner der „Frankfurter Zeitung“, so bleibt die Sache wenigstens in ihrem Freundeskreise, in dem der Sozialdemokratie.

* Zum Fall Fryer. Die „National. Korresp.“ hatte die Mittheilung gebracht, daß von sührender Konvention Seite an nationalliberale Abgeordnete die Anfrage erlangen sei, ob sie über die Entlassung des H. v. Fryer aus dem Innereinst. Ministerium nicht die Regierung interpelliren wollten. Die genannte Korrespondenz ist jetzt geblieben, ihre Mittheilung dahin zu berichtigen, daß es sich nicht um eine besondere Interpellation über den Fall Fryer, sondern um eine allgemeine wegen des von Herrn v. B. Rede unternommenen als verfassungswidrig angesehenen Einschüchterungsverfahrens der polnischen Beamten gehandelt habe.

* Aus verschiedenen Gründen ist die Einberufung des wirtschaftlichen Ausschusses noch in diesem Herbst wahrscheinlich. Das unter anderen Vorlagen dem wirtschaftlichen Ausschuss zugehende neue Zolltarifgesetz entspricht dem Verlangen nach in weitgehendem Maße den Wünschen der verschiedenen Interessentenkreise.

* Die „Kön. Volkszg.“ schreibt zu Dr. Sieber's Reise nach Ostpreußen, alle daran gethätigen Mittheilungen seien gegenstandslos angeklagt der Thatfache, daß die Reise einem ausgeprochen gesundheitslichen Rücksicht wegen. Sieber's Gesundheit laufe viel zu mürben über, so daß die Reise eine längere Strecke empfangen. Sieber besetzt seinen Bruder, der auf einer Sandbank das Amt eines Gouverneurs bekleidet.

* Pariser Blätter spottiren angebliche Aeußerungen, die der Kaiser dem Kronprinzen von Griechenland gegenüber gethan haben soll und in denen der Kaiser Griechenland für die Gestaltung und Verwendung seines Heeres und seiner Flotte hinsichtlich eines künftigen Krieges mit der Türkei bestimmte Rathschläge ertheilt hätte. Die „Köln. Allg. Hg.“ ist in der Lage, mitzutheilen, daß diese dem Kaiser in dem Mund gelangten Aeußerungen erfunden sind. Die Tendenz derartiger Aeußerungen ist übrigens offensichtlich.

* In dem auch von uns wiedergegebenen Sandfchreiben, das der Vorstand des Bundes der Landwirthe an die politischen Beamten gerichtet hat, die zur Zeit Mitglieder des Bundes sind, wird erwähnt, daß das Berliner Polizeipräsidium den Vorstand aufgefordert habe, innerhalb acht Tagen korrigirte Mitgliederlisten einzugewinnen. Der Vorstand scheint dieses Vorgehen auf Mahngeln der Staatsregierung gegen den Bund zurückzuführen. Wie die „Köln.“ erfährt, ist diese Annahme unzutreffend. Die erwähnte Auforderung ist schon vor mehreren Wochen ergangen, und zwar rein geschäftsmäßig, wie dies aus Grund des Vereinsgesetzes allen Vereinen gegenüber geschieht, um zeitweise die Verichtigung der Mitglieder-Verzeichnisse herbeizuführen.

* Wanderungen durch Ostpreußen. Ein Herr Hans Schmidt verweilt in der „Hilf.“ Wanderungen durch Ostpreußen, bei denen er sich in sehr gefälliger Weise mit den Verhältnissen auf einem Rittergut A. befaßte, das dem Reichstanzler gehört und vertritt ist. Der Richter des Ritterguts Kaiserfeld, das allen gemein sein kann, veröffentlicht nun in der „Hilf.“ eine Erwiderung, in der die Behauptungen des Herrn Hans Schmidt als der Wahrheit widersprechend bezeichnet. Da der Rittergutsherr außerdem Verleumdungsklage erhoben hat, wird der Fall die Öffentlichkeit noch weiter beschäftigen.

* Deutscher Militär-Antrag in Paris. Nach einer der „Vol. Korresp.“ aus Paris zugehenden Meldung sieht man in dortigen politischen Kreisen voraus, daß die Wiederbesetzung der Posten der Militär-Attachees bei den Hofstaaten Deutschlands und Italiens erst nach Ablauf einiger Zeit erfolgen dürfte. Soweit hier von einer Wiederbesetzung des Postens des deutschen Militär-Attachees die Rede ist, beruht obige Meldung auf einem Irrthum, da zur Zeit Major Frhr. von Sigmund als Militär-Attachee der deutschen Hofstadt in Paris aggregirt ist, mitthin eine Wiederbesetzung garnicht in Frage kommen kann. Der Posten eines italienischen Militär-Attachees ist freilich, dem „Gothaischen Hofkalender“ zufolge, zur Zeit unbesetzt.

* Der „Darmst. Hg.“ zufolge ist Oberstleutnant Dettkowitz zu Darmstadt in den Ruhestand versetzt worden.

* Eine bemerkenswerthe Erbsenverleumdung. Der Großherzog von Hessen hat dem Obersten Oberstleutnant v. Götter aus Mainz seines fünfjährigen Dienstverhältnisses das Kommando zweiter Klasse des Militärpostens verliehen. Es ist bemerkenswert, daß die künftige Besetzung des verdienten Schulmanns wegen seiner Anträge auf die heilige Schuldverwaltung nicht als Hindernis des erwähnten persönlichen Endergebnisses seines Landesherren angesehen worden ist.

* Zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den süddeutschen Bahnen bestehen bekanntlich gegenwärtig Verhandlungen, die den Zweck haben, einheitliche und vereinfachte Personentarife einzuführen. Sobald diese Verhandlungen den gewünschten Erfolg haben, kommen alle Fahrkarten mit Preisermäßigungen, wie Rückfahrkarten, Sommerkarten und dergl. in Wegfall. Bis zur Lösung dieser Personentariffrage hat die Eisenbahnverwaltung alle Anträge auf Einführung von neuen Sommerfahrkarten, Rundreisefahrkarten u. s. w. grundsätzlich ablehnen müssen.

* Aus Baden. Die Ministerpräsidenten Gienlehr und Wächterberger zu Karlsruhe wurden zu Ministern ernannt.

* Schweizerische Unterhaltungsstücke. Ein Artikel in der „Neuen Züricher Zeitung“ tadelt mit Recht den schweizerischen Bundesrat, weil er bei der Zeichenfeier des französischen Geländes in Bern, Montbéliard, Jankette, Kanallerie und Artillerie aufbot, während er dem vor nicht langer Zeit ebenfalls verstorbenen Geländes des Deutschen Reiches, Dr. Büsch, keinerlei militärische Ehren erwiesene habe.

* Schwimmbekämpfung aus Afrika. Die Londoner „Afric. Association“ erfährt aus einer, wie sie sagt, gewöhnlich auf unrichtigen Quellen, daß zwischen der Königin Victoria und dem König von Portugal der Abschluß eines Vertrages unmittelbar bevorsteht, wonach gewisse portugiesische Territorien und Stationen in Ostafrika nach weitläufiger britischer Verwaltung übergeben. Der deutsche Kaiser habe sich Vortheile ähnlicher Natur von strategischem Werth für die deutschen Besitzungen in Ostafrika gelistet. — Die ganze Meldung ist offenbar

Schwimmbekämpfung. Auch die portugiesische Geländeschaft in London widerpricht bereits der Meldung.

Parlamentarisches.

Bei der Landtagswahl im Wahlkreise Linden wurde der Bürgermeister Lindenberg, nationalliberal, mit 167 Stimmen gewählt, der Gegenkandidat Sozialdemokrat erhielt 93 Stimmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Oberst Schneider. — Zur Lage in Böhmen. Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht die Enthebung des Obersten Schneider von dem Posten eines Militärattachés bei der Hofstadt in Paris und der Beförderung in Brest.

Die Mitglieder des industriellen Verbandes für Prag und Umgebung veröffentlichten einen Aufruf an die Reichsstände und Landtagsabgeordneten Böhmens, in welchem mit Rücksicht auf den freizügigen wirtschaftlichen Niedergang und das Schicksal von Industrie, Handel und Gewerbe von dem bevorstehenden nationalen Kampfe abgerathen wird. Der Aufruf fordert die Abgeordneten auf, die Inanspruchnahme, dringend notwendige Verhandlungen anzubahnen und Handel und Gewerbe vor einem Ruinamenbruch zu bewahren. Der Aufruf ist von mehr als 100 Industriellen unterschrieben.

Frankreich.

Dem Staatsprotest.

Der Präsident des Senats hatte eine Besprechung mit dem Generalprokurator wegen des Prozesses vor dem Obersten Gerichtshof. Gegen 45 in dem Prozesse Angeklagte ist das Verfahren eingestellt, jedoch nur gegen 22 Personen verhandelt werden wird. — Das „Libre“ ließ Lagasse, ein Mitglied der künftigen Kommission der radikal-sozialistischen Gruppe, gegen den dem Ministerpräsidenten Waldeck-Roussin empfangen wurde, intervenieren. Lagasse erklärt, der Minister habe ihm sichere Beweise für das Vorliegen eines Komplottes geliefert; demnach würden alle Republikaner an das Vorhandensein eines solchen Komplottes glauben. Die Unternehmung habe ergeben, daß in der Gegend von Orléans ein Lager von 1000 Mann im Interesse einer Armee und den Reichsständen bestünde. Generale seien nicht kompromittirt. Die oleanische Partei sei erkannt und organisiert, es habe nur wenig gefehlt, und der Versuch von Orleans wäre nach Paris gekommen. Dr. Lagasse ist überzeugt, daß Bourgeois allen vorsehen wollte, und zwar im Interesse der republikanischen Republik. Lagasse schloß, das gerichtliche Vorgehen sei gerechtfertigt, die Republik stand um so mehr auf dem Fuße eines Gewaltschrittes; die Gefahr war groß.

Ankündigen verüben in der Nacht zum Sonntag das Haus Guerin's zu verproviantieren. Die Polizei hat in diesem Zusammenhang die betreffenden Personen erfaßt. Es sollen vier Revolverkugeln von unbekannter Hand. Niemand wurde verletzt. Die Polizei durchsuchte die denachbarten Häuser. — Zwei von den Personen wurden gestern Vormittag durch die Polizei verhaftet. Der eine davon ist der Sohn eines ehemaligen Polizeikommissars. Wird er von einem Polizeibeamten verhaftet wurde, kam er zu Fall und verletzte sich schwer; auf dem Wege zu einer Anstalt, wo er sich verbinden lassen wollte, wurde er dann festgenommen.

Die beabsichtigte Begegnung Dreyfus' — Sabelgeraffell.

Die Mittheilungen über die Begegnung von Dreyfus widerprechen sich vollständig. Jedoch steht so viel fest, daß an der Begegnung gar nicht mehr zu zweifeln ist. Nach einer Meldung des „Soir“ ist Dreyfus' Begegnung eine „kolossale“ Thatsache. Die Familie ist noch nicht unterrichtet. Der Pariser Korrespondent der „Times“ erzählt, Dreyfus werde demnach seinen Antrag auf Revision des Urtheils des Kriegesgerichts zurückziehen. Präsident Loubet werde am Dienstag das Begegnungsbekret unterzeichnen. Dreyfus werde es abwarten freilich, beim Kassationshof die Wiederholung des Urtheils nachzusuchen, vorausgesetzt, daß die vom Geize erstellte neue Thatsache beigebracht werden könne.

Die „Frankf. Hg.“ meldet aus Paris: Die Meinungen im Ministerialrathe über Entlassung des Schiedsrichters Dreyfus' seien noch immer getheilt, jedoch auch in der am Dienstag stattfindenden Sitzung des Ministeriums die Begegnung nach nicht beschloßen werde. Der Kriegsminister wünscht, daß Dreyfus selbst die Begegnung nachjuche, was Dreyfus entschieden ablehnt. Eine andere Gruppe innerhalb der Regierung, darunter der Justizminister, freilich sich für die definitive Freilassung, sobald der Kassationshof das Urtheil bestätigt hat, aus. Es ließe abgesehen Dreyfus oder seiner Familie überlassen, entweder eine Prüfung des Urtheils des Kriegesgerichts durch den Kassationshof oder durch Verbringung neuer Thatsachen die Revision herbeizuführen. Die Freilassung sei kaum vor dem Urtheil des Kassationshofes zu erwarten.

Die nationalliberalen Pariser Blätter machen ein ganz ähnliches Sabelgeraffell. Die geistigen Zeitungen kommentiren ein Artikel des nationalliberalen Hg. Laies, der Dreyfus' Freilassung ist. Der Artikel ist im „Zeit. caporal“ veröffentlicht. Es heißt darin: Von der Seite der politischen Examenen, welche dem preussischen Feldzug von 1806 vorträgen, erzählt uns General Marbot in seinen Memoiren, daß preussische Offiziere sich den Kopf erlaubten, ihre Hände auf den Treppen der französischen Geländeschaft in Berlin zu schütten. Es dürfte wohl geschieden, daß in den nächsten Tagen französische Offiziere eine ähnliche Handlungsweise

